



Gudrun Pieper
Ihre Landtagsabgeordnete

Ausgabe Nr. 5

Juni 2009

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die letzte Plenarwoche vor der Sommerpause ist zu Ende. Dennoch heißt dies nicht, dass auch Sommerferien sind. Ich werde, wie auch im vergangenen Jahr, vom 25. Juli bis 07. August 2009 auf Sommertour gehen. Dem anhängenden Tourplan können Sie entnehmen, wann ich auch bei Ihnen vor Ort bin. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich begleiten und stehe dann selbstverständlich für Ihre Fragen zur Verfügung. An einigen Terminen wird auch unser Bundestagskandidat Reinhard Grindel teilnehmen.

Der nächste Blickpunkt Wahlkreis erscheint wieder Ende August.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst Ihre

TERMINE

24.06.09

Besuch mit Ministerpräsident Wulff bei Kraft

25.07. – 07.08.09

Sommertour

30.07.09

Wirtschaftsminister zu Guttenberg in der Stadthalle Walsrode

15.08.09

Landesparteitag in Hildesheim

26.08. – 28.08.09

Plenarsitzung

GROSSER BESUCHER- ANDRANG IM LANDTAG

Zweimal pro Jahr biete ich Besuchergruppen die Möglichkeit, den Landtag hautnah kennenzulernen. Ebenso werden Schulen zusätzlich von mir eingeladen.

In der jetzigen Plenarwoche waren über 80 Menschen aus dem Wahlkreis Walsrode bei mir zu Besuch: Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis, sowie zwei Schulen, die KGS Schwarmstedt und die Realschule Walsrode.

Neben dem üblichen Programm – Teilnahme an der Plenarsitzung, Rundgang durch den Landtag und seit neuestem Besuch im Europäischen Informationszentrum in Hannover – hatten die Teilnehmer die Gelegenheit mit mir und anderen Kollegen aus dem Landtag zu diskutieren.

Neben Fragen zur Haushaltskonsolidierung, Konjunkturprogramm und Tätigkeiten der Abgeordneten während der Plenarwoche stand auch die Frage zum so genannten

„Turboabitur“ zur Debatte. Unterschiedliche Positionen der anwesenden Politiker, Frau Twesten vom Bündnis 90/Grünen, Dieter Möhrmann von der SPD, sowie Dr. Karl-Ludwig von Danwitz und ich, wurden geäußert, die neue Gesetzeslage dargestellt. Bemerkenswert wurde seitens der Schülerschaft klar zum Ausdruck gebracht, dass sie, die gerade jetzt vor der 12. Klasse stehen und im nächsten Jahr Abitur machen, „nicht überfordert sind. Vielmehr sollte doch seitens der Elternschaft überlegt werden, ob ihr Kind nicht die falsche Schule besucht. Wir legen Wert darauf, dass wir eine gute Lehrerversorgung und geeignete Klassenräume zur Verfügung gestellt bekommen“, so die Schülerinnen während der Diskussion.

Nach der Diskussion hatten die Besucherinnen und Besucher noch Gelegenheit, mit unserem Ministerpräsidenten Christian Wulff zu sprechen.

Fazit: die Besuche im Landtag werden weiterhin ermöglicht und ich freue mich schon jetzt auf die Anfragen.



Besuchen Sie die neue Homepage www.gudrunpieper.de



PLENUM IN KÜRZE

ERHÖHTEN FINANZHILFEPAUSCHALE FÜR PLÄTZE UNTER DREIJÄHRIGER IN KINDERTAGESSTÄTTEN BESCHLOSSEN

Der Niedersächsische Landtag hat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP die erhöhten finanziellen Zuschüsse zum Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Damit wird das Land bis zum Jahre 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Platz in einer Kindertagesstätte oder Kindertagespflege schaffen wollen. Grundlage ist das sich das Land und die kommunalen Spitzenverbände im Oktober 2008 über die grundsätzliche Aufteilung der Betriebskosten geeinigt haben. Nun war es auch notwendig, diese Einigung auch rechtlich abzusichern.

„Mit der gesetzlichen Regelung der Aufteilung der Finanzkosten erhalten alle Beteiligten Rechts- und Planungssicherheit. Mit dem Gesetz sichern wir den Ausbau von zusätzlichen 45.000 neuen Plätzen in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege. Das ist ein weiterer großer Schritt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen.“



Gudrun Pieper zu Besuch in der Kita Vorbrück



KINDERRECHTE IN DIE VERFASSUNG

Der Niedersächsische Landtag hat einem fraktionsübergreifendem Vorschlag von CDU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen zugestimmt, Kinderrechte in die Niedersächsische Verfassung aufzunehmen. Damit erhalten alle Kinder ein Recht auf Erziehung ohne Gewalt. Das deutsche Kinderhilfswerk wertete die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung als deutliches Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft. Der neue Artikel 4a beinhaltet: „Kinder und Jugendliche haben als eigenständige Personen das Recht auf Achtung ihrer Würde und gewaltfreie Erziehung. Wer Kinder und Jugendliche erzieht, hat Anspruch auf angemessene staatliche Hilfe und Rücksichtnahme. Staat und Gesellschaft tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge. Kinder und Jugendliche sind vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen.“

SCHULDENBREMSE

Der Landtag hat den Beschluss des Bundesrates begrüßt, mit der nun endgültig der Weg frei gemacht wurde für eine Schuldenbremse im Grundgesetz:

Damit ist am 12. Juni 2009 ein Wendepunkt in der Geschichte der öffentlichen Haushaltspolitik erreicht.

Die Beschlüsse des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zeugen von der Verantwortung, die die Politik für die nachfolgenden Generationen hat. Das Recht der Landesregierung zur Haushaltsauf-

stellung bleibt von der Schuldenbremse unberührt. Das Land kann ab 2020 nur noch das Geld ausgeben, das es einnimmt. Nicht die Schuldenbremse schränkt Handlungsspielräume ein, sondern das Schuldenmachen. Mit dem Beschluss werden auch die Investitionen aus dem Konjunkturpaket II auf eine sichere Grundlage gestellt. Damit sind alle Unklarheiten beseitigt.

Die Schuldenbremse

Geplante Schuldenbegrenzung, die im Grundgesetz verankert werden soll (Eckpunkte), Zustimmung des Bundesrats steht noch aus

Hilfen für hoch verschuldete Länder

800 Mio. Euro/Jahr, von 2011 bis 2019, insges. 7,2 Mrd. Euro

50 % vom Bund 50 % v. d. Ländern

betroffen: Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein

Neuverschuldung

Bund: ab 2016 max. 0,35 % der Wirtschaftsleistung (BIP)

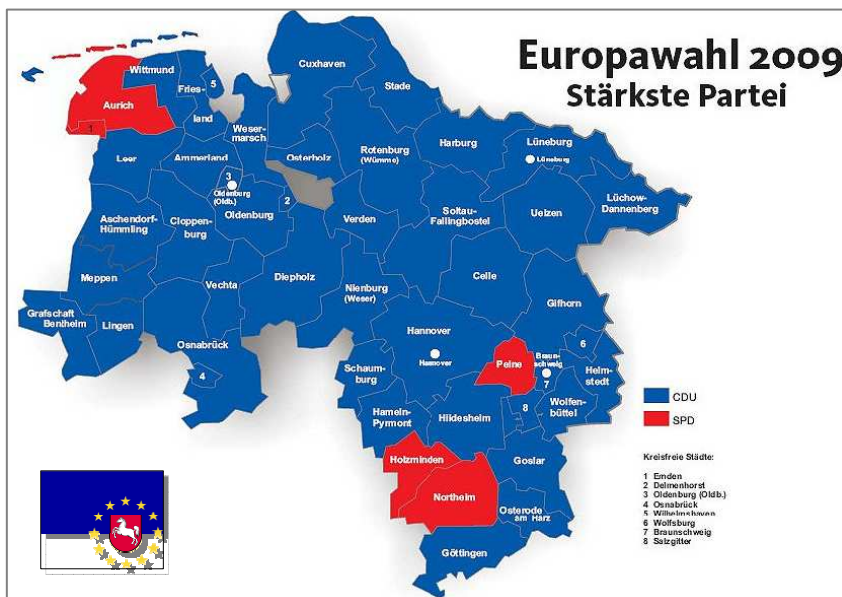
Länder: schrittweise Reduzierung auf 0 bis zum Jahr 2020

Ab 2020: absolutes Neuverschuldungsverbot

Ausnahmen: Not- und Katastrophenzeiten, Wirtschaftskrisen

dpa-10914

Aufgrund des strikten Konsolidierungskurses steht Niedersachsen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Bundesländern gut da. „Wir haben die Nettoneuverschuldung um über 90 Prozent abgesenkt. Kein anderes Bundesland hat in den vergangenen Jahren die Nettokreditaufnahme so konsequent reduziert, davon sechsmal um mindestens 350 Mio. Euro. Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass Niedersachsen besser gegen die Krise anstehen kann“.

BERICHT AUS DEM
EUROPAPARLAMENT**EUROPAWAHL**

Die CDU ist bei der Europawahl erneut als die europapolitische Kraft in Niedersachsen bestätigt worden. SPD-Fraktionschef Jüttner hatte ausnahmsweise einmal Recht, als er prophezeite, die CDU würde bei dieser Europawahl ihr blaues Wunder erleben. Die Endgültigen Ergebnisse für Niedersachsen: CDU 39,2 %; SPD 27,3%, Bündnis 90/ Die Grünen 12,5%, FDP 10,2%, Linken 4%.

Dennoch haben wir aus unserem Wahlkreis keinen eigenen Abgeordneten im Parlament vertreten. Ich werde deswegen in jeder Ausgabe die wichtigsten Beschlüsse für Sie zusammenfassen.

EHRENAMT

Die Kommission hat vorgeschlagen, das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ auszurufen. Der Rat und das Europäische Parlament dürften dem Vorschlag zustimmen. Damit soll Freiwilligen und den entsprechenden Organisationen die Möglichkeit geboten

werden, zusammenzutreffen und sich über in anderen Ländern bewährte Verfahren auszutauschen. Auch können die staatlichen Stellen mehr über Freiwillige erfahren und freiwilliges Engagement erleichtern. Und schließlich sollen die Freiwilligen dank des Europäischen Jahres mehr Anerkennung erhalten. Dafür will die Kommission 8 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mitgliedstaaten, lokale und regionale Behörden sowie die Zivilgesellschaft sollen Unterstützung bei der Umsetzung folgender Ziele erhalten:

- Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten
- Stärkung der Freiwilligenorganisationen und Verbesserung der Qualität von Freiwilligentätigkeiten
- Honorierung und Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten und Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten.

**KOMMUNALES VERGABEWESEN**

Für die gemeinsame kommunale Aufgabenerfüllung bedarf es keiner Ausschreibung. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 09.06.2009 in einem Grundsatzurteil festgestellt (C-480/06). Damit hat der EuGH in erfreulicher Klarheit den seit Jahren andauernden Kommissionsvorstößen eine Abfuhr erteilt, durch eine extensive Auslegung des EU-Vergaberechts die kommunale Organisationshoheit einzuschränken und damit die freie gemeindliche Selbstverwaltung auszuhöhlen. Ausgangspunkt war eine vom Generalanwalt „unterstützte“ Klage der Kommission gegen Deutschland, weil vier Landkreise ohne Ausschreibung die Stadtreinigung Hamburg mit der Abfallbeseitigung beauftragt hatten. Der EuGH entschied für die Gestaltungsfreiheit der Kommunen bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben und damit gegen die Ausschreibungspflicht. Der EuGH begründet seine Entscheidung zum einen damit, dass das Gemeinschaftsrecht den öffentlichen Stellen für die gemeinsame Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben keine spezielle Rechtsform vorgibt. Zum anderen kann eine solche Zusammenarbeit öffentlicher Stellen das Hauptziel der Gemeinschaftsvorschriften über das öffentliche Auftragswesen – einen freien Dienstleistungsverkehr und die Eröffnung eines unverfälschten Wettbewerbs in allen Mitgliedstaaten – nicht in Frage stellen, solange die Umsetzung dieser Zusammenarbeit nur durch Überlegungen und Erfordernisse bestimmt wird, die mit der Verfolgung von im öffentlichen Interesse liegenden Zielen zusammenhängen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Deutschland übertrifft die EU Ziele beim Einsatz erneuerbarer Energien.

Nach dem Fortschrittsbericht 2009 der Kommission über den Einsatz erneuerbarer Energiequellen im Strom- und im Verkehrssektor wird die EU ihre für 2010 festgelegten Richtziele wahrscheinlich verfehlen. Die EU könnte im Stromsektor einen Anteil von 19 % anstatt – wie angestrebt – von 21 % und im Verkehrssektor von 4 % anstatt von 5,75 % erreichen. Deutschland hat im Stromsektor 2006 bereits 12,6% erreicht (Ziel 2010: 12,5%) und im Verkehrssektor 7,4% (Ziel 2010: 5,75%).

KINDERSICHERHEIT

Die Kommission bereitet neue Sicherheitsnormen für Baby- und Kinderartikel vor. U.a. sollen Feststeller für Fenster und Balkontüren - eine der häufigsten Ursachen von tödlichen Unfällen - insbesondere aber auch das Badezubehör für Kleinkinder sicherer werden. Beim Badezubehör geht es z.B. um die Festigkeit der Wannensitze für Babys und klare Warnhinweise an die Adresse der Pflegepersonen. 2010 sollen dann weitere Normenvorschläge folgen, beispielsweise für Hochstühle, Sitzhöher und Babymatratzen, wenn das Parlament dieser Planung zustimmt.

JUGEND IN AKTION

Die Kommission hat zur Einreichung von Projektvorschlägen aufgerufen. Es sollen Projekte ermittelt werden, die sich mit der Einführung, Umsetzung und Weiterentwicklung von innovativen und qualitativ herausragenden Elementen in der nichtformalen Bildung und Jugendarbeit befassen. 2009 haben Projekte Priorität, die sich auf die Themen Medienkompetenz

junger Menschen und E-Jugendarbeit beziehen. Die Projekte müssen zwischen dem 01.12.2009 und dem 31.03.2010 anlaufen. Die Projektlaufzeit muss mindestens 12 Monate und höchstens 18 Monate betragen. Frist zur Einreichung von Projektvorschlägen ist der **30. September 2009**.

Den Leitfaden für die Antragsteller finden Sie unter: http://eacea.ec.europa.eu/youth/funding/2009/documents/call_action_4_4/call_2009_4_4_eacea_12_09_app_guidelines_de.pdf

AZUBIS

Azubis sollen verstärkt im Ausland Erfahrungen sammeln. Derzeit absolvieren nur etwa 2% der Jugendlichen einen Teil ihrer Berufsausbildung oder ein Praktikum außerhalb Deutschlands. Mit finanzieller Unterstützung der EU, des Bundesarbeitsministeriums und des DIKT soll nun den Azubis „auf die Sprünge“ geholfen werden. Dafür wird für 16 Millionen Euro ein bundesweites Netzwerk mit 40 Mobilitätsberatern aufgebaut. Ziel des Mobilitätsprogramms ist es, dass sich in Deutschland die Zahl von gegenwärtig 30.000 jungen Menschen, die Auslandserfahrung sammeln in den kommenden Jahren auf 60.000 verdoppelt.

AUSLANDSPRAKTIKA

Für Praktikum, Studium, Freiwilligendienst oder Job im Ausland gibt es eine zentrale Vermittlungsstelle. Gefördert vom Bundesfamilienministerium bietet die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn) einen Qualitäts-Check für ein Auslandspraktikum.

KLÄRSCHLAMM

Die Klärschlammrichtlinie wird überarbeitet. Dabei soll die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung im Mittelpunkt stehen. Für September 2009 wird eine Online-Konsultation erwartet. Bis Jahresende 2009 könnte eine Folgenabschätzung und 2010 ein Richtlinienvorschlag vorliegen. Mit einem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird 2012 gerechnet.

NEUES AUS DEM MITARBEITERTEAM



Im Rahmen ihrer Sommertour bietet Gudrun Pieper Interessenten die Möglichkeit am 02.08.2009 an einer Floßtour über die Aller teilzunehmen. Das Floß legt um 14.00 Uhr an der Esseler Brücke ab. Gegen 16.30 Uhr erreicht es die Hademstorfer Schleuse. Nach der Tour ist ein Transfer zur Grillhütte in Eickeloh organisiert, wo man gemeinsam den Tag ausklingen läßt. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Es ist auch möglich nur am Grillabend teilzunehmen.

Der Kostenbeitrag von 15,00€ pro Person (Floßtour inkl. Grillen) bzw. 5€ (nur Grillen) wird direkt am 02.08. eingesammelt. Anmeldeschluss ist der 03.07.09. Rufen Sie uns an, wenn Sie sich einen der begrenzten Plätze sichern wollen.



Petra Schulze und Kristin Kühling

**GUDRUN PIEPER
UNTERWEGS**

SOMMERTOUR 2009

Datum	Uhrzeit	Ort	Art der Veranstaltung
25.07.09	9:30	Schwarmstedt	NDR Tour
26.07.09	11:00	Grethem	Heidelbeerfest
	13:00	Wietzendorf	Sommerfest/Peetshof
27.07.09	10:00	Schneeheide	Ausbildungszentrum
	12:00	Rethem	Rettungszentrum
28.07.09	10:00	Wietzendorf	Südseecamp
29.07.09	12:30	Hünzingen	Forellenhof
	15:45	Walsrode	Lebensberatungsstelle
	17:00	Walsrode	Von Westernhagen / Floristin
	19:00	Walsrode	Walsroder Mittwoch
30.07.09	10:00	Schwarmstedt	Diverse Besuche rund um Schwarmstedt
	17:00	Walsrode	Veranstaltung mit Wirtschaftsminister zu Guttenberg in der Stadthalle
31.07.09	10:00	Rethem	Diverse Besuche in Böhme. Häuslingen, Frankenfeld und Rethem
02.08.09	14:00	Esseler Brücke	Floßtour mit anschließendem Grillen
03.08.09	10:00	Bad Fallingbostal	Viebrockhaus Musterhauspark
	14:00	Bad Fallingbostal	Cohrs Werkstätten GmbH, Tischlerei
	16:00	Dorfmark	Seniorenheim Landratenhof
04.08.09	9:30	Krelingen	Geistliches Rüstzentrum
05.08.09	12:30	Bomlitz	Firma Eurest (Großküche Wolff Walsrode)
	14:30	Bomlitz	AgraForUm AG
06.08.09	10:00	Bommelsen	Beekenhof
	14:00	Stellichte	Heim Dr. Kruse
07.08.09	10:00	Walsrode	Gymnasium
	12:30	Walsrode	Vogelpark

V.i.S.d.P.

Gu drun Pieper
Kri stin Kühling

Neue Straße 7
29664 Walsrode

Tel.: (05161) 7 30 46

Fax: (05161) 910 702

abgeordnetebuero@cdu-sfa.de